

Ergänzungsleistungen (EL) - Ansätze gültig ab 1.1.2025

Vermögensgrenze

Ein EL-Anspruch ist nur möglich bei einem Vermögen von weniger als CHF 100'000.-- bei Alleinstehenden, CHF 200'000.-- bei Ehepaaren und CHF 50'000.-- bei Kindern. Der Wert von selbstbewohnten Liegenschaften wird im Gegensatz zu Vermögensverzichten für die Berechnung der Eintrittsschwelle nicht berücksichtigt.

In der EL-Berechnung wird die tatsächliche Prämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung berücksichtigt, maximal aber der vom Eidgenössischen Departement des Innern pro Kanton und [Prämienregion](#) festgelegte jährliche Pauschalbetrag.

Prämienregionen im Kanton Graubünden	Region 1	Region 2	Region 3
Erwachsene	CHF 6'312.--	CHF 5'880.--	CHF 5544.--
junge Erwachsene	CHF 4'656.--	CHF 4'284.--	CHF 4'128.--
Kinder	CHF 1'500.--	CHF 1'392.--	CHF 1'320.--

Maximal anrechenbare Wohnkosten (pro Jahr)

Haushaltgrösse	Region 1 (Grosszentrum)	Region 2 (Stadt)	Region 3 (Land)
Alleinstehende	CHF 18'900.--	CHF 18'300.--	CHF 16'680.--
2 Personen	CHF 22'320.--	CHF 21'720.--	CHF 20'160.--
3 Personen	CHF 24'780.--	CHF 23'760.--	CHF 22'200.--
4 und mehr Personen	CHF 27'060.--	CHF 25'920.--	CHF 24'000.--
Einzelperson in einer Wohngemeinschaft	CHF 11'160.--	CHF 10'860.--	CHF 10'080.--

Im Kanton Graubünden ist keine Gemeinde in die Region 1 (Grosszentrum) zugeteilt.

Die Gemeindeguteilung nach Regionen finden Sie in der [Verordnung SR 831.301.114](#).

Bei Personen, die eine ihnen gehörende Liegenschaft bewohnen, wird eine Nebenkostenpauschale von CHF 3'480.-- anerkannt (zusammen mit dem Mietwert maximal bis zum obigen Grenzbetrag).

Bei der notwendigen Miete einer rollstuhlgängigen Wohnung werden bis zu CHF 6'900.-- zusätzlich anerkannt.

Werden Wohnungen oder Einfamilienhäuser auch von Personen bewohnt, welche nicht in die EL-Berechnung eingeschlossen sind, können die Wohnkosten nur anteilmässig berücksichtigt werden.

Pauschalbetrag für den allgemeinen Lebensbedarf (pro Jahr)

Alleinstehende	CHF 20'670.--	
Ehepaare	CHF 31'005.--	
Kinder	bis 11 Jahre	über 11 Jahre
1. Kind	CHF 7'590.--	CHF 10'815.--
2. Kind	CHF 6'325.--	CHF 10'815.--
3. Kind	CHF 5'270.--	CHF 7'210.--
4. Kind	CHF 4'390.--	CHF 7'210.--
weitere Kinder	CHF 3'660.--	CHF 3'605.--

Die Höhe des Betrages für ein Kind hängt von der Anzahl aller älteren Geschwister über und unter 11 Jahren ab, die ebenfalls in der gemeinsamen EL-Berechnung berücksichtigt werden.

Persönliche Auslagen für Heimbewohner pauschal (pro Jahr)	CHF 5'592.--
--	--------------

Vermögensfreibeträge	
Alleinstehende	CHF 30'000.--
Ehepaare	CHF 50'000.--
pro Kind	CHF 15'000.--
Zusätzlich werden vom Wert einer selbstbewohnten Liegenschaft CHF 112'500.-- abgezogen. Dieser Abzug erhöht sich auf CHF 300'000.--, wenn ein Ehepaar eine Liegenschaft besitzt, die von einem Ehegatten bewohnt wird, während der andere im Heim oder Spital lebt oder wenn eine Person Bezügerin einer Hilflosenentschädigung der AHV, IV, Unfallversicherung oder Militärversicherung ist und eine Liegenschaft bewohnt, die sie oder ihr Ehegatte besitzt.	

Vermögensverzehr	
im IV-Alter	1/15
im AHV-Alter für zu Hause lebende Personen	1/10
im AHV-Alter für im Heim lebende Personen im ersten EL-Bezugsjahr mit einer EL-Berechnung im Heim	1/5
im AHV-Alter für im Heim lebende Personen ab dem zweiten EL-Bezugsjahr mit einer EL-Berechnung im Heim	1/10

Jährliches Mindesterwerbseinkommen für Personen mit Teilinvalidität (Art. 14a ELV)	
Invaliden Personen unter 60 Jahren muss in der Regel als Erwerbseinkommen mindestens angerechnet werden:	
IV-Grad 40 bis unter 50 %	CHF 27'560.--
IV-Grad 50 bis unter 60 %	CHF 20'670.--
IV-Grad 60 bis unter 70 %	CHF 13'780.--

Jährliches Mindesterwerbseinkommen für Witwen (Art. 14b ELV)	
Nichtinvaliden Witwen ohne minderjährige Kinder muss in der Regel als Erwerbseinkommen mindestens angerechnet werden:	
18. bis 40. Altersjahr	CHF 41'340.--
41. bis 50. Altersjahr	CHF 20'670.--
51. bis 60. Altersjahr	CHF 13'780.--

Meldepflicht (Art. 24 ELV)	
Von jeder Änderung der persönlichen und von jeder ins Gewicht fallenden Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Anspruchsberechtigten hat dieser, sein gesetzlicher Vertreter oder gegebenenfalls die Drittperson oder die Behörde, welcher eine Ergänzungsleistung ausbezahlt wird, der kantonalen Durchführungsstelle unverzüglich Mitteilung zu machen. Diese Meldepflicht erstreckt sich auch auf Veränderungen, welche bei an der Ergänzungsleistung beteiligten Familiengliedern des Bezugsberechtigten eintreten.	